

Gemeinde Wolfschlugen
Landkreis Esslingen

Satzung
Über die Erhebung von Verwaltungsgebühren
- zuletzt geändert durch Euro-Anpassungssatzung vom 24. September 2001 -

Aufgrund von § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) und der §§ 2 und 8 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) hat der Gemeinderat der Gemeinde Wolfschlugen am 27. November 1995, zuletzt geändert am 27. Juli 1998 - veröffentlicht im Mitteilungsblatt der Gemeinde Wolfschlugen am 19.08.1998 - folgende Satzung beschlossen:

§ 1
Gebührenpflicht

Die Gemeinde Wolfschlugen erhebt für Amtshandlungen, die sie auf Veranlassung oder im Interesse einzelner vornimmt, Verwaltungsgebühren nach dieser Satzung, soweit nicht Bundesrecht oder Landesrecht etwas anderes bestimmen. Unberührt bleiben Bestimmungen über Verwaltungsgebühren in besonderen Gebührensatzungen der Gemeinde.

§ 2
Gebührenfreiheit

- 1) Gebühren werden nicht erhoben für Amtshandlungen, die
 1. Angelegenheiten der öffentlichen Fürsorge und der Kriegsopferversorge, die Durchführung des Schwerbehindertengesetzes und des Heimkehrergesetzes sowie das Ausweiswesen für Schwerbehinderte betreffen,
 2. die Durchführung des Wehrpflichtgesetzes sowie des Unterhaltssicherungsgesetzes betreffen,
 3. dem Arbeitsfrieden dienen,
 4. sich aus dem Dienstverhältnis der Beamten, Angestellten, Arbeiter und Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes ergeben,
 5. Gnadensachen betreffen
 6. Überwiegend im öffentlichen Interesse vorgenommen werden,
 7. Im Verfahren vorgenommen werden, die von der Gemeinde ganz oder überwiegend nach den Vorschriften der Abgabenordnung durchzuführen sind, mit Ausnahme der Entscheidung über Rechtsbehelfe,
 8. Geringfügiger Natur sind, insbesondere einfache Auskünfte.

- 2) Von der Einrichtung der Gebühren sind, soweit Gegenseitigkeit besteht, befreit
 1. das Land Baden-Württemberg
 2. die Bundesrepublik Deutschland
 3. die juristischen Personen des öffentlichen Rechts, die nach den Haushaltsplänen des Landes oder des Bundes verwaltet werden,
 4. die Gemeinden, Gemeindeverbände und Zweckverbände in Baden-Württemberg.

Die Befreiung tritt nicht ein, soweit die in Satz 1 Genannten berechtigt sind, die Gebühren Dritten aufzuerlegen. Nicht befreit sind ferner die Sondervermögen im Sinne von § 26 der Bundeshaushaltsordnung in der jeweils geltenden Fassung, die kaufmännisch eingerichteten Betriebe und die betriebswirtschaftlichen Unternehmen und Einrichtungen des Landes und der Bundesrepublik Deutschland sowie die Deutsche Bundesbahn und die Deutsche Bundespost. Dasselbe gilt für die wirtschaftlichen Unternehmen der Gemeinde (§ 102 der Gemeindeordnung), der Gemeindeverbände und der Zweckverbände.

§ 3 **Gebührensschuldner**

- 1) Zur Zahlung der Gebühr ist verpflichtet
 1. wer die Amtshandlung veranlaßt oder in wessen Interesse sie vorgenommen wird,
 2. wer die Gebührenschuld der Gemeinde gegenüber durch schriftliche Erklärung übernommen hat oder für die Gebührenschuld eines anderen Kraft Gesetzes haftet.
- 2) Mehrere Gebührenschuldner haften als Gesamtschuldner.

§ 4 **Gebührenhöhe**

- 1) Die Höhe der Verwaltungsgebühren richtet sich nach dem dieser Satzung beigefügten Gebührenverzeichnis. Das Gebührenverzeichnis ist Bestandteil der Satzung. Für Amtshandlungen für die im Gebührenverzeichnis weder eine Verwaltungsgebühr bestimmt noch Gebührenfreiheit vorgesehen ist, ist eine Gebühr von 1,50 € bis 2.550,00 € (3 DM bis 5.000 DM) zu erheben.
- 2) Ist eine Gebühr innerhalb eines Gebührenrahmens zu erheben, bemißt sich ihre Höhe nach dem Verwaltungsaufwand, nach der Bedeutung des Gegenstandes, nach dem wirtschaftlichen oder sonstigen Interesse für den Gebührenschuldner sowie nach seinen wirtschaftlichen Verhältnissen.
- 3) Ist eine Gebühr nach dem Wert des Gegenstandes zu berechnen, so ist der Verkehrswert zur Zeit der Beendigung der Amtshandlung maßgebend. Der Gebührenschuldner hat auf Verlangen den Wert des Gegenstandes nachzuweisen.

Bei Verweigerung oder ungenügender Führung des Nachweises hat die Behörde den Wert auf Kosten des Gebührenschuldners zu schätzen. Sie kann sich hierbei Sachverständiger bedienen.

- 4) Wird der Antrag auf Vorname einer Amtshandlung abgelehnt, wird 1/10 bis zum vollen Betrag der Gebühr erhoben. Wird der Antrag ausschließlich wegen Unzuständigkeit abgelehnt, wird keine Gebühr erhoben. Wird der Antrag auf Vorname einer Amtshandlung, mit dessen sachlichen Bearbeitung begonnen ist, vor Beendigung der Amtshandlung zurückgenommen oder unterbleibt die Amtshandlung aus sonstigen, vom Schuldner zu vertretenden Gründen, so wird je nach dem Stand der Bearbeitung 1/10 bis zur Hälfte der vollen Gebühr erhoben. Die Mindestgebühr beträgt 1,50 €.

§ 5 **Entstehen der Gebühr**

Die Gebührenschuld entsteht mit Beendigung der Amtshandlung, für die sie erhoben wird. Bei Zurücknahme eines Antrags nach § 4 Absatz 4 Satz 3 dieser Satzung entsteht die Gebührenschuld mit der Zurücknahme, in den anderen Fällen des § 4 Absatz 4 Satz 3 dieser Satzung mit der Bekanntgabe der Gebührenfestsetzung.

§ 6 **Fälligkeit, Zahlung**

- 1) Die Gebühr wird durch schriftlichen oder mündlichen Bescheid festgesetzt und ist mit der Bekanntgabe der Gebührenfestsetzung an den Schuldner fällig.
- 2) Schriftstücke oder sonstige Sachen können bis zur Entrichtung der Gebühr zurückbehalten oder an den Gebührenschuldner auf dessen Kosten unter Nachnahme der Gebühr übersandt werden.
- 3) Die Vorname einer Amtshandlung kann davon abhängig gemacht werden, daß die Gebühr ganz oder teilweise vorausgezahlt oder für sie Sicherheit geleistet wird. Von der Anforderung einer Vorauszahlung oder der Anordnung einer Sicherheitsleistung ist abzusehen, wenn dadurch eine für den Gebührenschuldner unzumutbare Verzögerung entstehen würde oder die aus sonstigen Gründen unbillig wäre.

§ 7 **Auslagen**

- 1) In der Verwaltungsgebühr sind die der Gemeinde erwachsenen Auslagen inbegriffen. Der Ersatz der Auslagen wird besonders verlangt, soweit diese das übliche Maß erheblich übersteigen. Der Ersatz der Auslagen wird in der tatsächlichen Höhe verlangt, wenn für eine Amtshandlung keine Gebühr erhoben wird.
- 2) Auslagen nach Abs. 1 Satz 2 sind insbesondere
 1. Telegrammgebühren
 2. Reisekosten,
 3. Kosten öffentlicher Bekanntmachungen,

4. Vergütungen für Zeugen und Sachverständige sowie sonstige Kosten der Beweiserhebung,
 5. Vergütungen an andere juristische oder natürliche Personen und Sachen.
- 3) Auf die Erstattung von Auslagen sind die für Verwaltungsgebühren geltenden Vorschriften entsprechend anzuwenden. Der Anspruch auf Erstattung der Auslagen entsteht mit der Aufwendung des zu erstattenden Betrags.

§ 8
Schlußvorschriften

- 1) Diese Satzung tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.
- 2) Zur gleichen Zeit treten die Verwaltungsgebührenordnung vom 5. Dezember 1977 und alle sonstigen dieser Satzung entsprechenden oder widersprechenden Vorschriften außer Kraft.

Wolfschlugen, den 28. November 1995

gez. Emhardt
Bürgermeister

Gebührenverzeichnis
Anlage zur Verwaltungsgebührensatzung

Lfd. Nr.	Amtshandlung	Gebühr €
1	Ablehnung eines Antrags usw. (§ 4 Abs. 4 Satz 1 der Satzung) wegen Unzuständigkeit gebührenfrei	1/10 bis volle Gebühr mind. € 1,50
2	<u>Allgemeine Verwaltungsgebühr</u> (§ 4 Abs. 1 Satz 3 der Satzung)	€ 1,50 bis € 2.550,00
3	<u>Anträge</u> Bearbeitung von mündlichen und schriftlichen Anträgen, Erklärungen und Gesuchen und dergl., die von der Gemeinde nicht in eigener Zuständigkeit zu bescheiden sind, soweit die Mitwirkung der Gemeinde nicht vorgeschrieben oder angeordnet ist	€ 100,00
4	<u>Auskünfte</u> insbesondere aus Akten und Büchern oder Einsichtnahme in solche mündliche Auskünfte sind gebührenfrei	€ 1,50 bis € 50,00
4a	schriftliche und mündliche Auskünfte an Makler, Bauträger oder deren Beauftragte	€ 10,00 bis € 50,00
5	<u>Bauordnungsrecht</u>	
5.1	Bestätigung des Zeitpunkts des Eingang der vollständigen Bauvorlagen im Kenntnisgabeverfahren (§ 53 Abs. 3 Nr. 1 LBO)	0,5 vom Tausend der Baukosten bzw. der Abbruchkosten, mind. € 25,00
5.2	Mitteilung nach § 53 Abs. 4 LBO	wie 5.1
5.3	Benachrichtigung der Angrenzer im Kenntnisgabeverfahren (§ 55 LBO)	€ 5,00 je zu benachrichtigenden Angrenzer mind. € 25,00

5.4	Grundstücksteilung/Bodenverkehr	
	Negativzeugnis zur Grundstücksteilung gem. § 20 Baugesetzbuch	€ 15,00
	Negativzeugnis zum Vorkaufsrecht gem. § 28 Baugesetzbuch	€ 15,00
	Genehmigungen in förmlich festgelegten Sanierungsgebieten gem. § 144 BauGB	€ 15,00
6	<u>Befreiung</u> (Ausnahmebewilligung, Dispens) von gesetzlichen Vorschriften oder gemeindlichen Bestimmungen	€ 2,50 bis € 500,00
7	<u>Beglaubigungen, Bestätigungen</u>	
7.1	Amtliche Beglaubigungen von Unterschriften, Handzeichen und Siegeln. Werden mehrere Unterschriften gleichzeitig in einer Urkunde be- glaubigt oder wird die Unterschrift einer Person mehrfach auf verschiedenen Urkunden, aber aufgrund eines gleichzeitig gestellten Antrags be- glaubigt, so kommt nur für die erste Unterschrift die volle Gebühr, für jede weitere die Hälfte der für die erste erhobene Gebühr zum Ansatz	€ 1,50 bis € 125,00
7.2	Amtliche Beglaubigungen der Übereinstimmung von Abschriften, Auszügen, Niederschriften, Ausfertigungen Fotokopien usw. aus amtlichen Akten oder privaten Schriftstücken mit der Urschrift je Seite	€ 0,50 bis € 5,00 mind. € 1,50
7.3	Bestätigung der Übereinstimmung von Abschriften, Auszügen, Niederschriften, Ausfertigungen, Foto- kopien usw. aus amtlichen Akten oder privaten Schriftstücken mit der Urschrift je Seite	€ 0,50 bis € 2,50 mind. € 1,50
7.4	Wird die Abschrift, Ausfertigung, Fotokopie usw. von der Gemeinde selbst hergestellt, so kommen die Schreibgebühren (Nr. 19) hinzu.	
8.1.	<u>Bescheinigungen</u>	
8.1	Bestätigungen, Zeugnisse, Atteste, Ausweise aller Art (auch Zweit- und Mehrfertigungen, soweit nichts anderes bestimmt ist)	€ 1,50 bis € 50,00

8.2 **Gebührenfrei** sind

- 8.2.1 Bestätigungen, die die Gemeinde für den Empfang und die Verwendung von Zuwendungen für steuerbegünstigte Zwecke im Sinne des Einkommens- und Körperschaftssteuerrechts (z. B. § 10 b EStG, § 9 Nr. 3 KStG) ausstellt (Spendenbescheinigungen),

9. **Bestattungsrecht**

- 9.1 Ausstellung eines Leichenpasses (§§ 44 und 45 Bestattungsgesetz) € 2,50 bis € 25,00
- 9.2 Unbedenklichkeitsbescheinigung für Feuerbestattung (§ 16 Abs. 2 Nr. 2 Bestattungsverordnung) € 2,50 bis € 15,00

10. **Feiertagsrecht**

- 10.1 Befreiung von verbotenen Tätigkeiten während des Hauptgottesdienst (§§ 7 Abs. 2, 12 Abs. 1 Feiertagsgesetz) € 10,00 bis € 50,00
- 10.2 Befreiung vom Tanzverbot an bestimmten Feiertagen (§§ 11, 12 Abs. 1 Feiertagsgesetz)
- 10.2.1 pro Tag, an dem Tanzveranstaltungen von 3:00 bis 24:00 Uhr verboten sind € 25,00 bis € 100,00
- 10.2.2 pro Tag, an dem Tanzveranstaltungen während des ganzen Tages verboten sind € 50,00 bis € 200,00

11. **Fundsachen**

Aufbewahrung einschl. Aushändigung an den Verlierer, Eigentümer oder Finder

- 11.1 bei Sachen bis zu € 500 Wert 2 % des Werts, mind. jedoch € 1,50
- 11.2 bei Sachen über € 500,00 Wert 2 % von € 500,00 und 1 % des Mehrwertes

12. **Genehmigungen, Erlaubnisse**

Zulassungen, Konzessionen, Bewilligungen und dergl. aller Art, soweit nichts anderes bestimmt ist

- 13 Gutachten (Augenschein) nach dem Wert des Gegenstandes 1 bis 5 % mind. jedoch je angef. ½ Std. der Inanspruchnahme € 12,50

14	<u>Geschäftsstelle des Gutachterausschusses</u>	
14.1	Auskunft aus der Kaufpreissammlung	€ 2,50 bis € 50,00
14.2	Auskunft über Bodenrichtwerte	€ 2,50 bis € 25,00
15	<u>Amtshandlungen im Kirchenaustritts- verfahren je Person</u>	€ 5,00 bis € 50,00
16	<u>Melderecht</u>	
16.1.1	Auskünfte aus dem Melderegister	
16.1.1	einfache Auskunft (§ 32 Abs. 1 Meldegesetz – MG)	€ 5,00
16.1.2	erweiterte Auskunft (§ 32 Abs. 2 MG)	€ 10,00
16.1.3	Gruppenauskunft (§ 32 Abs. 3, § 34 Abs. 1, 2 und 3 MG), jeweils für jede Person, auf die sich die Auskunft erstreckt	€ 1,50
16.1.4	Gruppenauskunft nach Nr. 16.1.3 die mit Hilfe der automatischen Datenverarbeitung gegeben wird	€ 15,00 bis € 2.500
16.1.2	Datenübermittlungen	
16.2.1	Datenübermittlungen an Behörden und sonstige öffentliche Stellen (§ 29 MG) und an öffentlich- rechtliche Religionsgesellschaften (§ 30 MG), jeweils für jede Person, auf die sich die Daten- übermittlung erstreckt.	€ 1,50
16.2.2	Datenübermittlung nach Nr. 16.2.1, die mit Hilfe der automatischen Datenverarbeitung vorgenommen wurde	€ 10,00 bis € 2.550
16.1.3	Auskunftssperren	
16.3.1	Erstmalige Eintragung einer Auskunftssperre (§ 33 MG)	€ 20,00
16.3.2	Verlängerung wegen Fristablauf	€ 10,00
16.1.4	Bescheinigungen der Meldebehörde Zusätzliche Meldebestätigungen und sonstige Bescheinigungen der Meldebehörde je Bescheinigung	€ 5,00
16.5	Sonstige Amtshandlungen der Meldebehörde	€ 2,50 bis € 500,00

16.6 **Gebührenfrei** sind

16.6.1 die Bearbeitung einer Meldung oder Anzeige sowie die Meldebestätigung,

16.6.2 die Auskunft an den Betroffenen (§ 11 MG)

16.6.3 die Berichtigung, Ergänzung, Sperrung und Löschung von Daten des Melderegisters (§§ 12, 13 MG).

17 **Rechtsbehelfe**

(Widerspruch, Einspruch in Wahlanfechtungsverfahren, Gegenvorstellung, Dienstaufsichtsbeschwerde, usw.)

17.1.1 wenn die Rechtsbehelfe im wesentlichen als unzulässig oder unbegründet zurückgewiesen werden oder wenn die Gebühr einem Gegner auferlegt werden kann, der die angefochtene Verfügung oder Entscheidung beantragt hat

€ 5,00 bis
€ 250,00

17.1.2 bei Zurücknahme der Rechtsbehelfe, wenn kein Grund vorliegt, von einem der Gebührensatz abzusehen (§ 4 Abs. 4 Satz 3 der Satzung)

1/10 bis ½ der Gebühr
17.1
mind. € 1,50

18 **Sammlungswesen**

Erlaubnis nach § 2 Sammlungsgesetz

€ 10,00 bis
€ 200,00

19 **Schreibgebühren**

19.1 Ausfertigungen und Abschriften oder Auszüge aus Akten, Protokollen von öffentlichen Verhandlungen, amtlichen Büchern, Registern usw. (sofern sie nicht durch die Ablichtung hergestellt wurden), die auf Antrag erteilt werden, je angefangene Seite DIN A 4 (der Ausfertigungs- und Beglaubigungsvermerk wird mitgerechnet)

19.1.1 für Schriftstücke, die in deutscher Sprache abgefasst sind

€ 5,00

19.1.2 für Schriftstücke, die in fremder Sprache abgefasst sind

€ 10,00

19.1.3 für Schriftstücke in tabellarischer Form, Verzeichnisse, Listen, Rechnungen, Zeichnungen, wissenschaftliche Texte wird die Schreibgebühr nach dem Zeitaufwand berechnet, der zur Herstellung benötigt wird. Sie beträgt für jede angefangene Viertelstunde

€ 6,50

19.2	Für Ablichtungen (Fotokopien) und mittels Text- automat erstellte Mehrstücke werden erhoben	
19.2.1	bei einem Format bis zu DIN A 4 für die erste Seite für jede weitere Seite	€ 0,75 € 0,50
19.2.2	bei einem größeren Format für die erste Seite für jede weitere Seite	€ 1,25 € 1,00
19.3	Vervielfältigungen auf mechanischem Wege je nach Umfang, Schwierigkeiten und Aufwand, je nach Seite	€ 0,25 bis € 2,50
20	Straßenrechtliche Sondernutzung Erteilung der Erlaubnis zur Benutzung einer Straße über den Gemeingebrauch hinaus	€ 10,00 bis € 250,00
21	Zurücknahme eines Antrags (§ 4 Abs. 4 Satz 3 der Satzung)	1/10 bis ½ der vollen Gebühr, mind. € 1,50.“